

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

betreffend die Commerzialbank Mattersburg im Burgenland AG und die Personalkredit- und Kommerzialkreditvermittlung- und Anteilsverwaltungsgenossenschaft Schattendorf-Zemendorf-Stöttera-Krensdorf-Hirm-Loipersbach-Draßburg-Baumgarten (Commerzialbank-Untersuchungsausschuss) [1US/XXII. Gp.]

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

09. Sitzung/medienöffentlich

Donnerstag, 3. Dezember 2020

XXII. Gesetzgebungsperiode

Gesamtdauer der 09. Sitzung

09:46 Uhr – 17:34 Uhr

Kultur- und Kongresszentrum Eisenstadt – Festsaal

Landtagspräsidentin Verena Dunst
Vorsitzende

Markus Malits, MSc
Schriftführer

Befragung der Auskunftsperson Mag. Franz Steindl

Vorsitzende Verena Dunst: Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen, damit wir fortsetzen können. So meine Damen und Herren, ich darf den Untersuchungsausschuss fortsetzen.

Wir erwarten jetzt die dritte Auskunftsperson des heutigen Tages. Das ist der ehemalige Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl. Der Herr Landeshauptmann außer Dienst Franz Steindl hat einem Keraschwenk zugestimmt. Ich darf daher bitten, ihn hereinzubegleiten. Gleichzeitig darf ich die Landtagsdirektion bitten, den Medien bekanntzugeben, dass ein Keraschwenk zulässig ist.

Vorsitzende Verena Dunst: Wir dürfen unsere dritte Auskunftsperson des heutigen Tages begrüßen, den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter außer Dienst Mag. Franz Steindl. Vorweg darf ich Sie im Namen des Ausschusses begrüßen. Sie vorzustellen ist müßig. Ich darf vielleicht den Herrn Dr. Pilgermair, Verfahrensrichter, noch vorstellen.

Vorsitzende Verena Dunst: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter außer Dienst, Sie kennen die Mitglieder des Untersuchungsausschusses, die Damen und Herren Abgeordneten. Natürlich sind auch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dabei. Ich habe Ihnen gerade den Herrn Verfahrensrichter Dr. Pilgermair vorgestellt. Sie haben auf eine Vertrauensperson verzichtet. Ich darf Sie aber ersuchen, natürlich jederzeit auf den Verfahrensanwalt an Ihrer Seite zurückzugreifen. Das ist der Herr Mag. Burger, der vom Amt zur Verfügung gestellt wird. Ich habe - deswegen der Keraschwenk - ja vom ersten Gespräch von der Frau Leeb mit Ihnen erfahren, dass Sie einem Keraschwenk zustimmen und jetzt können wir in die Befragung starten. Der Herr Verfahrensrichter wird Sie zunächst einmal belehren und dann darf ich Sie schon fragen in Vorbereitung, ob Sie eine erste Stellungnahme abgeben wollen?

(Mag. Franz Steindl bejaht mit Kopfnicken.)

Vorsitzende Verena Dunst: Gerne. Das machen wir nach der Belehrung, die erste Stellungnahme.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Schönen Nachmittag, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Vor Ihnen liegt ein Personaldatenblatt. Ich darf Sie bitten, hineinzuschauen und ich möchte Sie fragen, ob die Daten so richtig eingetragen sind?

Mag. Franz Steindl: Die Daten sind richtig eingetragen.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Danke. Dann erteile ich Ihnen die in der Verfahrensordnung dieses Ausschusses für Auskunftspersonen vorgesehene Rechtsbelehrung.

Auskunftspersonen dürfen die Aussage unter bestimmten Gründen verweigern und ebenso einen Ausschluss der Öffentlichkeit beantragen, andererseits stehen Sie unter der Pflicht zur Angabe der Wahrheit und wäre ein Verstoß dagegen mit strafrechtlichen Folgen bewährt. Zum einzelnen: Eine Auskunftsperson kann die Aussage vor diesem Untersuchungsausschuss gemäß § 32 aus folgenden Gründen verweigern:

Erstens, über Fragen, deren Beantwortung die Privatsphäre der Auskunftsperson oder eines Angehörigen betreffen oder für Sie oder einen Angehörigen die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung nach sich ziehen würde;

zweitens, über Fragen, deren Beantwortung für die Auskunftsperson oder einen Angehörigen einen unmittelbaren bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteil nach sich ziehen würde. In diesen beiden Fällen kann eine Aussage auch dann verweigert werden, wenn die Ehe oder eine eingetragene Partnerschaft, welche die Angehörigkeit begründet hat, nicht mehr besteht.

Der dritte Aussageverweigerungsgrund bezieht sich auf Tatsachen, über welche die Auskunftsperson nicht aussagen können würde, ohne eine gesetzlich anerkannte Pflicht zur Verschwiegenheit zu verletzen, sofern sie nicht von der Pflicht zur Geheimhaltung gültig entbunden wurde oder als öffentlich Bediensteter gemäß § 24 zur Aussage verpflichtet ist.

Viertens, in Ansehung desjenigen, was ihr in ihrer Eigenschaft als Verteidiger oder Rechtsanwalt bekanntgeworden ist;

fünftens, über Fragen, welche die Auskunftsperson nicht beantworten können würde, ohne ein Kunst- oder Geschäftsgeheimnis zu offenbaren;

sechstens, über die Frage, wie die Auskunftsperson ihr Wahlrecht oder Stimmrecht ausgeübt hat, wenn dessen Ausübung gesetzlich für geheim erklärt ist;

siebtens, über Fragen, durch deren Beantwortung Quellen betroffen sind, deren Bekanntwerden die nationale Sicherheit oder die Sicherheit von Menschen gefährden würde.

Wenn einer dieser Aussageverweigerungsgründe bei Ihnen vorliegen würde, bitte ich Sie, darauf hinzuweisen, weil die Verfahrensordnung keine generelle Aussageverweigerung vorsieht und eine solche nicht möglich ist.

Die Auskunftsperson hat andererseits neben diesen Rechten auch noch das Recht, den Ausschluss der Öffentlichkeit gemäß § 11 Abs. 2 StPO der Verfahrensordnung zu beantragen. Die Medienöffentlichkeit ist nach dieser Bestimmung auszuschließen, wenn

erstens, überwiegende schutzwürdige Interessen der Allgemeinheit, der Auskunftsperson oder Dritter dies gebieten;

zweitens, es zum Schutz von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen notwendig ist oder

drittens der Ausschluss der Öffentlichkeit im Interesse der Erlangung einer wahrheitsmäßigen Aussage erforderlich erscheint.

Dann habe ich Sie noch zu belehren über die Pflichten von Auskunftspersonen zur Angabe der Wahrheit in der Befragung. Eine vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wäre gerichtlich strafbar und mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bedroht. Öffentlich Bedienstete trifft auch noch die spezielle Strafbestimmung der Verletzung des Amtsgeheimnisses nach § 310 Abs. 1 StGB.

Herr Mag. Steindl zu dieser Rechtsbelehrung eine Frage?

Mag. Franz Steindl: Keine Frage, Herr Verfahrensrichter.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Danke Frau Vorsitzende.

Vorsitzende Verena Dunst: Ja danke Herr Verfahrensrichter. Ich habe Sie vorher schon gefragt, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter außer Dienst, ob Sie - das Recht steht Ihnen zu laut der Verfahrensordnung - eine erste Stellungnahme abgeben wollen und Sie haben Ja gesagt. Dann gehört Ihnen schon das Wort.

Mag. Franz Steindl: Danke Frau Vorsitzende, Herr Verfahrensrichter, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich gehe davon aus, dass ich in meiner damaligen Eigenschaft als Wirtschaftsreferent der Burgenländischen Landesregierung vorgeladen wurde. Ich weiß ja jetzt über die öffentlichen Medien, dass diese Übernahme der Revisionsbefugnis aus dem Jahre 1994 stammt und ging bis 2020 oder 2015, das weiß ich jetzt nicht. Auf jeden Fall, meine Zeit als Wirtschaftsreferent war von 2004 bis 2015. Ich habe damals diese Agenden von meinem Vorgänger, dem Wirtschaftslandesrat Karl Kaplan, übernommen. Ich war aber schon vorher vier Jahre in der Burgenländischen Landesregierung, also insgesamt 15 Jahre als Landeshauptmann-Stellvertreter tätig.

Und es gibt natürlich - wie Sie alle wissen - wenn eine neue Regierung angelobt wird, dann gibt es eine Referatseinteilung in der Burgenländischen Landesregierung und diese Referatseinteilung, die habe ich mir nochmals genau angesehen. Sie gab es dann im Jahr 2004, 2005 nach den Wahlen, also nach jeder Wahl, und hier gibt es eine Menge an Zuständigkeiten. Es ist hochinteressant, weil man sich als Politiker ja auf sein Personal verlässt, und wenn man sich das durchliest, dann kommt man drauf, für wie viele Dinge man letztendlich verantwortlich ist und dazu steht man auch als Politiker. Dazu stehe ich zu 100 Prozent. Ich möchte nur betonen, dass es auch immer wieder verschiedene Zuständigkeitsdiskussionen gegeben hat.

Ich möchte einige Beispiele nennen: Es gab immer wieder praktische Überschneidungen. Ich darf zum Beispiel berichten, dass ich als Gemeindereferent immer zuständig war für die Bedarfszuweisungen der Gemeinden, der 171 Gemeinden. Letztendlich gab es aber eine Aufgabenteilung zwischen dem Landeshauptmann und mir. Das war so Brauch, das war auch so aus der Geschichte erklärbar und das hat auch keine Probleme verursacht.

Oder es gab Zuständigkeitenüberschneidungen, zum Beispiel im Bereich Katastrophenschutz. Ich war zuständig für die Feuerwehren - und das natürlich mit sehr viel Engagement, weil ich selber seit 1973 bei der freiwilligen Feuerwehr bin - und war für den Katastrophenschutz zuständig, für den Zivilschutz und so weiter. Aber es gibt natürlich letztendlich eine höhere Stelle und das war der Landeshauptmann. Wenn wirklich eine Katastrophe ausgebrochen ist, dann war er als Landeshauptmann auch dementsprechend dafür zuständig. Ich könnte Beispiele nennen - als es zwei- oder dreimal sogar Hochwassersituationen im Burgenland gab.

Oder ich kann mich erinnern, als Jugendreferent habe ich auch den Bereich Jugendkultur abgedeckt, aber für die Kulturveranstaltungen oder für den Kulturbereich war der Landesrat Bieler zuständig. Im Bereich der Jugendpolitik, Frau Vorsitzende, Sie werden sich noch erinnern können, gab es immer wieder Diskussionen. Ich war für die außerschulische Jugendberziehung zuständig, Sie waren damals als Landesrätin ebenfalls für einen Teil zuständig. Oder Wirtschaftsförderung ist das beste Beispiel: Ich war, wie gesagt, seit 2004 Wirtschaftsreferent und interessanterweise aber waren die vielen Betriebe im Burgenland, zum Beispiel die BEWAG damals, schon ausgegliedert und zuständig war zwar ich am Papier, aber letztendlich Entscheidungsgewalt hatte ich nicht. Ja, weil das natürlich ausgelagert war und da war wieder eine Zuständigkeit des

Landeshauptmannes gegeben. Ja, und so kam es natürlich, oder wenn ich nur die Buchhaltung hernehme. Für den Rechnungsabschluss war ich zuständig, für den Voranschlag der Finanzlandesrat. Auch hier gab es immer wieder Diskussionen. Also das war die reale Politik oder ist immer noch die reale Politik.

Ich war damals als Landeshauptmann-Stellvertreter auch für einen Bereich zuständig, nämlich in meiner Regierungszeit, also 2000 bis 2015, war es üblich, dass alle Akte, alle Regierungsakte über meinen Schreibtisch gewandert sind, und ich habe über diese Akte meine Vidierung gegeben, einen Vidierungsvermerk. Ich möchte betonen, dass Vidierung bedeutet, keine inhaltliche Zustimmung, sondern eine Freigabe, damit also dieser Akt auch bearbeitet werden konnte, zum Beispiel, wenn es um Finanztransaktionen ging. Ja, also es war ein formaler Akt, aber kein inhaltlicher und selbstverständlich habe ich versucht, wo es ging, keine Verzögerungen herbeizuführen. Und ich weiß jetzt nicht, Sie können mich da wahrscheinlich auch nicht genau - oder ich kann Ihnen da nicht genau Auskunft geben, aber es waren viele tausende Regierungsakte. Ich kann mich nur erinnern, das hat irrsinnig viel Zeit in Anspruch genommen, weil es auch meine Neugierde geweckt hat und ich versucht habe, sehr ordnungsgemäß diese Vidierungen natürlich abzuhandeln.

Und ich habe bestimmt auch den Auftragsakt vom Finanzlandesrat an die TPA als Wirtschaftsprüfer oder als Landeshauptmann-Stellvertreter vidiert. Das war ein reiner formaler Akt, wo ja auch gar nichts dagegen einzuwenden ist, weil wo hätte man da in irgendeiner Weise eine andere Schlussfolgerung ziehen können. Aber ich möchte betonen, ich habe in dieser Zeit keinen einzigen Bericht der Wirtschaftsprüfer in der Causa Commerzbank gesehen. Das möchte ich wirklich betonen.

Und ich möchte vielleicht auch damals die Stimmung ein bisschen wiedergeben. Ich hoffe, ich werde nicht zu lange, aber das ist mir wichtig, dass Sie das auch verstehen. Wenn es eine Proporzregierung wie damals gab, dann gibt es immer wieder natürlich Bestrebungen, dass man versucht, das Bestmögliche für sein Resort, für seine eigene Partei auch - letztendlich ist man ja gewählt - herauszuholen. Und das waren - selbstverständlich sehe ich positiv immer wieder Diskussionsbeiträge - es gab Spannungen und es gab Wechselstimmungen. Ich kann mich 2004, 2004 haben wir - die Frau Vorsitzende wird sich auch gut erinnern können - ein Thema gehabt, das war auch 2005 die Bank Burgenland.

Im Nachhinein betrachtet, gab es viele unnötige Diskussionen. Das sage ich jetzt einmal sehr vorsichtig, aber es gab auch eine Diskussion, an wen soll die Bank verkauft werden. Ich kann mich erinnern, ich habe mich dagegengestemmt, dass diese Bank an Mirco Kovacs zum Beispiel verkauft wird. Sie werden sich erinnern können, die Frau Vorsitzende schmunzelt, wir haben das Gott sei Dank durchgebracht, dass die Bank nicht an den Kovacs verkauft wurde. Es gab sogar von der Gewerkschaft Proteste. Ich kann mich erinnern vor dem Landhaus an Pfeifkonzerte, Plakate, aber das gehört alles zur Politik dazu. Da darf man nicht wehleidig sein, sondern das ist halt reine praktische Politik. Oder ich kann mich erinnern 2005, wir haben ein bisschen zulegen können, und die SPÖ mit Hans Niessl hat die absolute Mehrheit erreicht und selbstverständlich gab es immer wieder Diskussionen: Seid Ihr jetzt in der Regierung oder macht Ihr jetzt Opposition?

Ja, das war eine sehr schwierige Situation für mich. Aber letztendlich kam es ja dann zu einer Entflechtung, indem der Proporz zum Beispiel abgeschafft wurde. Das wäre nicht möglich gewesen, hätte ich und meine Partei damals nicht zugestimmt. Also, wir waren immer bemüht, das Bestmögliche zu machen und

trotzdem hat es immer wieder Spannungen gegeben. Und ich kann mich erinnern, 2007 gab es dann eine Diskussion, weil ein Medium - nämlich der Kurier, glaube ich, war es - aufgeworfen hat diesen Geheimpakt, den anscheinenden Geheimpakt zwischen SPÖ und FPÖ. Da gab es Diskussionen und letztendlich derartige Spannungen, dass die Zusammenarbeit beendet wurde mit der ÖVP.

Ich kann mich erinnern, Budgetklausur am 07.11.2007. Wissen Sie, warum ich das genau weiß? Weil immer dann, wenn ich Spannungen verspürt habe - persönlich, und ich habe das mit mir austragen müssen, und ich habe immer das Beste wollen für das Land -, dann habe ich quasi eine Art - für mich - Tagebuch geführt. Daher kann ich mich an diese Situationen erinnern.

Es gab dann eigentlich für das Budget 2008 keine Zustimmung von der Regierungsseite, ÖVP-Regierungsseite, weil unsere Budgetposten alle auf Null gestellt wurden. Ich habe damals kein Budget mehr gehabt beziehungsweise im Ermessensausgabenbereich keine Möglichkeiten.

Und das ist weitergegangen, zum Beispiel ist dann einseitig die Vidierdauer von Akten von vier Wochen auf zwei Tage reduziert worden. Aber verständlich, ja, ich möchte da niemandem jetzt die Schuld geben, sondern das war halt damals die Realpolitik.

Oder, wenn ich mich daran erinnere, die Fußballakademie: 26.03.2008, damals war der Herr Pucher, der Kaplan Karl war Präsident des Fußballverbandes, die Frau Bürgermeisterin Salamon war dabei, da ist die Fußballakademie vorgestellt worden.

Ich habe mich da in irgendeiner Weise zurückgesetzt gefühlt, weil ich keine Möglichkeit hatte damals, mich zu artikulieren. Daraufhin haben wir gesagt, wir treten - ich war im Aufsichtsrat - ich gehe aus dem Aufsichtsrat heraus und alle, weil das kann nicht sein, dass wir eine Verantwortung übernehmen, aber letztendlich keine Chance haben, auch das zu präsentieren.

Also ich möchte damit nur sagen, das ging noch weiter. Also die Zeit zwischen 2005 und 2010 war natürlich eine sehr turbulente Zeit. Nach 2010 war es eine irrsinnig fruchtbare Zeit, ja.

Ich kann mich erinnern, es gab Diskussionen über Derivatgeschäfte in den Gemeinden, ich war Gemeindereferent, ja. Es gab Diskussionen über das Flüchtlingszentrum, das geplante Zentrum Eberau, ja. Ich war da machtlos.

Oder Diskussionen über das Pflegeheim Strem. Ich habe damals einen Kredit genehmigt, der in der Burgenländischen Landesregierung einstimmig beschlossen wurde, aber von mir vorgelegt wurde.

Was war die Konsequenz? Der Landes-Rechnungshof hat geprüft und ich habe eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gehabt, die letztendlich nach Einvernahme, nach stundenlangen Einvernahmen, abgeschlossen wurde mit dem Ergebnis - Bericht der Staatsanwaltschaft - eigentlich ist das alles korrekt.

Ich habe auch richtig und korrekt entschieden. Hätte ich den Kredit nicht gegeben, wäre dieses Haus damals, das in einem Rohzustand war, verfallen. Man hätte das nicht weiterbauen können.

Ich möchte eines betonen - ich habe zu Landeshauptmann Niessl immer eine gute Gesprächsbasis gehabt, auch wenn wir in der Öffentlichkeit manche Auseinandersetzung gehabt haben. Aber es war immer so, dass er dann gesagt hat -

hast du Zeit für einen Kaffee? Oder ich habe gesagt - du, sollten wir uns nicht zusammensetzen? Das war möglich.

Das war zwischen Landeshauptmann und Landeshauptmann-Stellvertreter möglich. Es war nicht mit allen Regierungsmitgliedern möglich. Mit der Kollegin Dunst habe ich, glaube ich, immer ein gutes Einvernehmen gehabt. Aber es war nicht mit allen Regierungskollegen möglich.

Es hat auch von Seiten der anderen Regierungskollegen manches Mal beinharte Konsequenzen gegeben. Ja, die sind dann wieder aufgeweicht worden.

Und daher möchte ich schon resümierend zur Causa Commerzialbank kommen. Erstens - also ich habe über das Zustandekommen der Insolvenz der Bank, so wie viele von uns, aus den Medien erfahren. Es soll ja bereits 1992 laut Pucher-Aussage Fake-Kredite gegeben haben. - Da war ich gar nicht in der Regierung.

1994 hat das Land die Revision der Genossenschaft übernommen und diese an den Wirtschaftsprüfer Gerhard Nidetzky und danach an die TPA übertragen. - Da war ich auch nicht in der Regierung.

Und die Korrespondenz - das kann ich auch sagen, war nicht von mir, auch wenn ich in der Geschäftsordnung diesen Bereich überhatte, sondern die Korrespondenz hatte damals - meines Wissens - die Finanzabteilung abgewickelt, die Finanzabteilung der Burgenländischen Landesregierung.

Damals ist es dann auch ausgegliedert worden und zwar deswegen, weil wir bemüht waren, sehr viele Dinge im Land auszulagern. Ich kann mich erinnern, mit dem Hans Niessl ist es gelungen, zum Beispiel, auch vieles zu vereinen - wie BEGAS mit BEWAG. Es ist nur gemeinsam gegangen, weil da zum Beispiel auch die Gemeinden dabei waren, oder in der Verwaltung, einige Dinge zu straffen, auszulagern.

Und selbstverständlich, wenn da ein Beschluss gefasst wurde, einen Teil auszulagern, weil wir die Personalkompetenzen oder die fachlichen Kompetenzen nicht gehabt haben, dann war das für mich eine Klarheit und selbstverständlich, wenn das so ist, dann sollte man das anderen Personen übertragen.

Ich hatte zweitens zur Commerzialbank selber nie einen Bezug, weder ein Konto gehabt, noch irgendwann irgendetwas bekommen, angesucht.

Und drittens zum Herrn Pucher: Ich glaube, ich habe den Herrn Pucher in meiner ganzen Regierungszeit - jetzt persönlich - dreimal gesehen, vielleicht und ich glaube kaum drei Sätze gewechselt.

Und zum Fußball möchte ich auch noch sagen, die Anwesenden kennen mich fast alle und wissen, dass ich also mit Fußball, leider Gottes für viele, nicht viel am Hut habe. Ich habe zwar früher Fußball gespielt, aber da war ich immer der „Eisenfuß“, weil ich irgendwelche Dinge gemacht habe, die nicht korrekt waren im Fußballbereich.

Ich habe mich einem anderen Thema gewidmet, nämlich der Kultur und der Musik. Und der bin ich auch, wie Sie wissen, treu geblieben, und das war eigentlich mein Betätigungsfeld. Vor allem dann, wenn es darum ging, viele Vereine und Organisationen und Künstlerinnen und Künstler zu unterstützen.

Das vielleicht jetzt zu meinen Aussagen. Ich war, Entschuldigung, viel zu lange, aber ich wollte Ihnen ganz einfach nur eines vermitteln: Dass manches Mal

zwischen Theorie und Praxis vieles auseinanderklafft. Und selbst, wenn man per Gesetz vieles regeln möchte, geht in der praktischen Politik vieles ineinander über.

Und letzter Satz, dann bin ich schon fertig, resümierend: Wenn ich so auf die letzten 15 Jahre als Regierungsmitglied zurückblicke, dann war das eine meiner schönsten Zeiten und ich möchte keinen Tag missen. Danke.

Vorsitzende Verena Dunst: Ja, wir danken Ihnen für die einleitende Stellungnahme, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter außer Dienst. Sie waren nicht zu lange, es war mein Fehler, das habe ich nicht gesagt, Sie hätten 20 Minuten Zeit gehabt und Sie haben bei Weitem nicht die Zeit verbraucht.

Ich darf Sie nur noch auf ein paar Dinge aufmerksam machen. Das Erste ist, der Herr an dieser meiner Seite ist der Herr stellvertretende Landtagsdirektor Dr. Philapitsch.

Zum Zweiten - Uhrzeiten, weil wir gerade dabei waren. Der Herr Verfahrensrichter wird jetzt eine Erstbefragung durchführen. Dann geht es in drei Klubrunden, wo die Klubs die Möglichkeit haben, Sie zu befragen. Die erste Runde, und Sie können sich da immer organisieren - oben bei den Uhrzeiten - also die erste Runde ist sechs Minuten, die zweite Runde ist drei Minuten, die dritte Runde ist zwei Minuten.

Die Klubs können ihre Zeiten aus den Vorrunden auch mitnehmen, und je nachdem, wie hier noch Fragen bestehen, ist sicher Zeit genug, dass sie diese Fragen stellen können.

Herr Verfahrensrichter, dann darf ich Sie gleich bitten um Ihre Erstbefragung.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Danke Frau Vorsitzende.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie haben schon einiges gesagt, aber ich bitte Sie trotzdem, fassen Sie kurz jene Punkte nochmals zusammen, wo Sie persönlich mit der Genossenschaft oder mit der Commercialbank zu tun hatten.

Mag. Franz Steindl: Sehr geehrter Herr Verfahrensrichter, ich versuche das sehr kurz zu machen. Erstens, laut Geschäftsordnung war ich als Wirtschaftsreferent zuständig für den Revisionsverband, aber ich habe weder schriftlich noch mündlich kommuniziert. Die Kommunikation lief alles über - meines Wissens - die Finanzabteilung. Ich hatte auch keine Möglichkeit, irgendeinen Bericht zu sehen und ich habe auch daher erst wirklich aus den Medien so richtig erfahren, was da los war.

Mir ist es so ergangen wie dem Herrn Petschnig, der ja auch Wirtschaftsreferent war, dass ich ganz erstaunt war, dass also da eine Kompetenz eigentlich von meiner Seite abgeleitet wurde.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Hat es Anlässe gegeben, dass Sie als doch politisch zuständig Verantwortlicher gesagt haben, diese Sache interessiert mich, die ich zwar jetzt selber nicht bearbeite, aber da will ich etwas wissen, und haben Sie sich dann einmal berichten lassen, über irgendetwas konkret?

Mag. Franz Steindl: Das ist immer so abgelaufen, dass natürlich in meinem Büro - wir haben ja im Büro Mitarbeiter gehabt - viele Dinge vorbereitet worden sind wie bis jetzt, und wenn es natürlich dann Dinge waren, die wichtig waren, dann bin ich selbstverständlich informiert worden. In dieser Causa niemals.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: In dieser Causa niemals. Und Sie haben auch nicht aktiv - hat es einen Anlass gegeben, das war eigentlich meine

Frage. Sie haben es jetzt von der anderen Seite beantwortet - das wäre die nächste Frage gewesen.

Mag. Franz Steindl: Gerne.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Sie haben also eine Frage schon beantwortet, aber die erste, die ich gestellt habe noch nicht.

Hatten Sie jemals einen Anlass, Mitarbeiter zum Bericht einzuladen?

Mag. Franz Steindl: Sehr geehrter Herr Verfahrensrichter, nein, es gab keinen Anlass.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Damit war das eigentlich eine unauffällige Geschichte in Ihrem Ressort.

Mag. Franz Steindl: Genauso war es. Ja.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Ja. Wie kommt es, dass jemand, der an Fußball eigentlich nicht interessiert ist so wie Sie selbst, in der einleitenden Stellungnahme dann in den Aufsichtsrat der Fußballakademie geht?

Mag. Franz Steindl: Herr Verfahrensrichter, das kann ich ganz eindeutig beantworten: Weil es damals die Proporzregierung gab und wir bemüht waren, dass wir natürlich auch diese wichtigen Dinge, wie die Schaffung einer Fußballakademie, gemeinsam abhandeln.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Ja. Hatten Sie in dieser Funktion mit Pucher zu tun?

Mag. Franz Steindl: Klare Antwort, nein.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Zur Frage jetzt der wirtschaftlichen Entwicklung, die Sie an sich schon beantwortet haben in Ihrer einleitenden Stellungnahme, ich möchte aber dennoch ganz kurz mit zwei, drei kleinen Fragen darauf hingehen.

Sie sagen, es hat Sie überraschend getroffen, die Medienberichterstattung. Haben Sie die Whistleblower-Anzeige 2015 nicht zur Kenntnis bekommen?

Mag. Franz Steindl: Herr Verfahrensrichter, ich habe von diesen Whistleblowern erst aus den Medien jetzt erfahren.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Wissen Sie etwas darüber, ob Ihre Abteilung Kenntnis hatte? Ich meine, man könnte ja einmal von außen vermuten, dass das Ressort über so etwas, wo es ums Geld geht und nicht um kleine Beträge, die dort zum Vorwurf gemacht worden sind, dass man da, dass den Ressortmitgliedern, den Abteilungsmitgliedern, da vielleicht etwas zu Ohren kommt?

Mag. Franz Steindl: Herr Verfahrensrichter, ich war in dieser besagten Abteilung, der Finanzabteilung, für die Buchhaltung zuständig. Das war, glaube ich, ein Hauptreferat, aber es gab da keine Kommunikation und auch keine Informationen.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Ist Ihnen jemals von außen, vielleicht auch nur vom Hörensagen, etwas zugetragen worden? Das ist doch eigenartig, die kleine Bank, wie die sich entwickelt?

Mag. Franz Steindl: Klare Antwort, es gab gerade in dieser Zeit, die ich geschildert habe, auch viele Diskussionen über andere Themen, und das Thema war

scheinbar oder anscheinend halt nicht so wichtig. Daher war es auch kein Grund, dass man über das Thema diskutiert hätte.

Es gab auch keine Informationen seitens der Regierung. Ich kann mich auch nicht erinnern, dass in einer Regierungssitzung darüber diskutiert wurde.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Ja. Ist die Betrauung der TPA irgendwann einmal diskutiert worden oder ist die auch nahezu automatisch vor sich gegangen, als Nachfolge vom Nidetzky?

Mag. Franz Steindl: Es könnte schon sein, dass wir vielleicht informiert wurden, dass es eine Beauftragung geben sollte, ja. Das schließe ich ja nicht aus, denn wenn ich jetzt nein sage, dann wäre...

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Jetzt sprechen Sie im Pluralis Majestatis - wir.

Mag. Franz Steindl: Na ja, „wir“ bedeutet, dass sehr viele Dinge in der Vorarbeit über die Büros, über die Regierungsbüros, gegangen sind.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Ja, aber Sie selbst nicht?

Mag. Franz Steindl: Nein.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Ja, also die Abteilungen, das schließen Sie nicht aus, dass die Abteilung informiert wurde.

Mag. Franz Steindl: Nein.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: 2014/2015 - wenn die Zeit nicht stimmt, bitte korrigieren, 2014/2015 waren Bestrebungen da, die Funktion als Revisionsverband zurückzulegen. Können Sie uns sagen, wer das betrieben hat und weshalb es betrieben wurde?

Mag. Franz Steindl: Ganz genau diesen Punkt kann ich nicht sagen, wer es betrieben hat. Aber ich möchte allgemein vielleicht berichten, dass es damals in der Regierung sehr viele Überlegungen gab, wie kann man die Arbeit, die strategische Arbeit neu ausrichten. Wie kann man etwas auslagern, wie sinnvoll sind Auslagerungen?

Da gab es sogar Klausuren. Das wurde schon besprochen, aber konkret dieser Fall, da kann ich mich nicht erinnern.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: War das ein allgemeines Verwaltungsreformprojekt?

Mag. Franz Steindl: Ja, so ist es.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Hat man eine Meinung gehabt damals, Sie persönlich oder auch Ihre Abteilung, dass es Sinn macht oder nicht Sinn macht - man kann es von beiden Seiten sehen -, dass die TPA beides geprüft hat, die Bank und die Genossenschaft?

Mag. Franz Steindl: Das war damals für mich kein Ausschließungsgrund. Und außerdem habe ich in meiner Politik immer die Meinung vertreten, dass alles, was man aus der Landesverwaltung letztendlich ausgliedern kann und Private machen können, man auch tun sollte.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Hätte das Land die Kompetenz gehabt, selbst zu prüfen? (*Mag. Franz Steindl: Bitte?*) Hätte das Land genügend geeignetes Personal gehabt?

Mag. Franz Steindl: Herr Verfahrensrichter, ich glaube, dass wir das Personal nicht gehabt hätten. Ich kann mich noch erinnern.

Ein anderes Beispiel, ich war Gemeindereferent und auch zuständig für die Gemeindeüberprüfungen und selbst dort hatten wir das Personal nicht. Und es gab irrsinnige Diskussionen im Landtag. Einige Abgeordnete sitzen da, die werden sich noch erinnern können, warum nicht geprüft wurde und so weiter und so fort.

Also, wir hatten sehr oft Diskussionen über die fachliche Kompetenz und auch über die Zurverfügungstellung von Personal.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Wieder ein kleiner Themensprung. Ich muss viele kleine Themensprünge machen (*Mag. Franz Steindl: Gerne.*) und das nutzen, dass Sie prägnant und rasch antworten. Dann kann ich doch ein bisschen was abfragen.

Mag. Franz Steindl: Gerne.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Hatten Sie Kontakt mit Bundesbehörden in Bezug auf die Bank oder die Genossenschaft?

Mag. Franz Steindl: Klare Antwort - nein.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Weder aktiv noch passiv?

Mag. Franz Steindl: Weder aktiv noch passiv.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Haben Ihnen Mitarbeiter je mitgeteilt, dass Sie von der FMA oder von der Nationalbank Berichte bekommen hätten in Bezug auf die Bank, die diskussionswürdig sind?

Mag. Franz Steindl: Klare Antwort - nein.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Noch ein Themensprung, der einfach auch schon über die Medien interessant ist. Wissen Sie etwas darüber, ob der Sportverein, die Sportvereinigung Mattersburg oder Direktor Pucher großzügig eingeladen hat oder Spenden, Geschenke gemacht hat, auch an Politikerinnen und Politiker?

Mag. Franz Steindl: Also mir sind derartige Einladungen nicht bekannt. Ich weiß nur, das möchte ich betonen, das war, glaube ich, in der Anfangszeit, als der SV Mattersburg aufgestiegen ist, da gab es ja eine Aufbruchsstimmung, klar, und da gab es vielleicht die eine oder andere Einladung zu einem Match.

Ja, vielleicht war ich, das weiß ich jetzt gar nicht mehr, das war, glaube ich, in den Anfängen meiner Regierungszeit, so wie andere halt, zweimal, dreimal, maximal dreimal bei einem Match, mehr nicht. Sonst gab es da nichts.

Ich habe auch keine Geschenke bekommen. Ich habe auch sonst keine Einladungen bekommen, weil jeder wusste eigentlich im Land, dass ich nicht unbedingt Fußball-affin bin.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Dann bin ich auch schon bei der letzten Frage, die ich in etwa schon so gestellt habe.

Ist Ihnen von Ihren Mitarbeitern - Sie selbst haben ja keinen Hinweis gehabt für die Malaise, für die Entwicklung der Bank, sagten Sie - ist Ihnen jemals von Ihren Mitarbeitern ein Hinweis gegeben worden, dass das möglicherweise mit der Entwicklung dieser Bank in eine Schiefelage kommen wird, weil das einfach nicht realistisch sein kann?

Mag. Franz Steindl: Klare Antwort - nein.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Dann bedanke ich mich (*Mag. Franz Steindl: Gerne.*) für Ihre Antworten im Rahmen der Erstbefragung.

Mag. Franz Steindl: Gerne.

Vorsitzende Verena Dunst: Danke Herr Verfahrensrichter, danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Ich darf in die Befragungsrunden einsteigen. Die erste Befragungsrunde mit eben sechs Minuten pro Klub eröffnet diesmal die FPÖ.

Herr Abgeordneter MMag. Petschnig, ich bitte Sie darum.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Frau Vorsitzende. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Vielen Dank (*Mag. Franz Steindl: außer Dienst.*), dass Sie uns mit Ihren - außer Dienst - mit Ihrem Wissen uns hier zur Verfügung stehen. Es ist mir durch Ihre einleitende Stellungnahme, aber auch durch den Herrn Verfahrensrichter jetzt etliches an Fragenpotential schon weggenommen worden. Ich habe nur noch eine Handvoll Fragen für Sie übrig.

Zum einen, Sie haben gesagt, es sind Ihnen nie Berichte - Prüfberichte meine ich - von der Genossenschaft vorgelegt worden. Habe ich das so richtig zusammengefasst, dass es auch weder mündlich noch schriftlich noch in sonst einer Art und Weise Informationsflüsse dieser Natur gegeben hat?

Mag. Franz Steindl: Das ist korrekt.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Das teilt sich auch mit meiner Wahrnehmung, wie Sie schon gesagt haben und bestätigt sich auch in der Aussage von Hofrat Rauchbauer, der vor Ihnen heute hier gesessen ist und das ähnlich skizziert hat.

Zum Zweiten, meine Frage: Sind Ihnen oder haben Sie Wahrnehmungen hinsichtlich von Projekten oder Vorhaben der Commerzialbank mit dem Land oder vielleicht auch in Ihrer Funktion als Gemeindereferent mit einzelnen Gemeinden?

Mag. Franz Steindl: Ich habe keine Kenntnisse von derartigen Projekten - außer, dass es damals eine große Diskussion gab wegen der Errichtung einer Fußballakademie.

Und wie gesagt, ich war da, ich wurde eingeladen, dass ich da mitmache, gerne. Obwohl das Verhältnis in der Regierung sehr angespannt war, habe ich gesagt, ja, okay. Wenn das ein wichtiges Projekt ist, mache ich mit.

Ich bin aber dann sofort ausgestiegen vom Aufsichtsrat, wie ich gesehen habe, dass ich eben bei der öffentlichen Darstellung nicht unbedingt mitpartizipieren darf. Und dann war das für mich gelaufen und ich bin ausgestiegen.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Ich habe mich bewusst auch auf Gemeinden bezogen. Ich weiß jetzt nicht genau, wann die einzelnen Projekte spruchreif geworden sind. Aber es gibt eine Gemeinde, die sich angeblich da ihr Rathaus bauen lassen wollte von der Bank oder andere Gemeinden, die Bauland-Erschließungsgesellschaft mit der Bank gemeinsam, oder ich weiß jetzt nicht, wie weit das zum politischen Referenten vordringt?

Aber ich darf vielleicht noch einmal wiederholen, Sie hatten davon keine Wahrnehmung oder Kenntnisnahme?

Mag. Franz Steindl: Herr Abgeordneter! Derartige Projekte sind nur bei mir quasi platziert worden, wenn es ganz konkrete Projekte waren und daher kann ich das auch mit Nein beantworten.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Herzlichen Dank. Und auch schon meine letzte Frage. (*Mag. Franz Steindl: Gerne.*) Sie haben zwar gesagt, Sie haben aus den Medien erfahren, wie wahrscheinlich die meisten anderen Staats- und Landesbürger auch, aber haben Sie irgendwann einmal in Ihrer langen beruflichen Karriere, politischen Karriere, Gerüchte über eine Schieflage oder sonstige Malversationen in der Bank vernommen?

Mag. Franz Steindl: Das kann ich auch klar beantworten: Nein. Ich habe mich - wie viele andere und wahrscheinlich alle hier im Saal oder die meisten im Saal - gewundert, wie eigentlich der Herr Pucher das alles unter einen Hut bringt, ja. Aber ich habe mir gedacht, okay, wenn man wahrscheinlich sehr fleißig ist und Managementfähigkeiten hat, wird das schon so stimmen, aber ich habe das nicht in irgendeiner Weise in Zweifel gezogen.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Gut. Dann bedanke ich mich schon für die Ausführungen und bin für die erste Runde von meiner Seite fertig.

Mag. Franz Steindl: Gerne.

Vorsitzende Verena Dunst: Vielen Dank. Ich darf gleich an den GRÜNEN Klub, an die Frau Klubobfrau Mag.a Petrik weitergeben.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Guten Tag Herr Landeshauptmann-Stellvertreter außer Dienst! (*Mag. Franz Steindl: Hallo.*) Ich muss jetzt gestehen, zuerst habe ich mir gedacht: Aha, das ist klar, da ist jetzt nicht viel. Aber Sie haben mich jetzt ein bisschen verwirrt, ja. (*Mag. Franz Steindl: Okay.*) Und zwar, ich bin ja eher gewohnt, wenn etwas unangenehm wird in der Politik, dass man lieber nicht zuständig sein möchte.

Nun haben wir hier den eher unangenehmen oder den Fall - für manche unangenehm, für manche nicht - zu überprüfen, hat das Land irgendeinen Aufsichtsfehler begangen in Bezug auf die Personalkreditgenossenschaft, könnte es da sogar zu einer Haftung kommen?

Und Sie haben jetzt gesagt, dass Sie als Wirtschaftsreferent zuständig waren. In der vorigen Befragung hat uns der Dr. Rauchbauer gesagt, wie er noch im Verfassungsdienst war 1994, wurde dort ein Gutachten erstellt, wer denn wohl zuständig war, und das Gutachten hätte hervorgebracht, dass der Finanzreferent zuständig ist.

Wie können Sie mir diese Verwirrung jetzt wieder auflösen?

Mag. Franz Steindl: Ganz einfach, Frau Abgeordnete, ich darf Sie verweisen auf die 38. Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 27. Mai 2004, mit der die Referatseinteilung der Mitglieder der Landesregierung geändert wird, und da ist es eindeutig, da steht es eindeutig drinnen, und daher habe ich das auch so formuliert.

Weil ich nicht einer bin, der sich da hersetzt und sagt, ich weiß von nichts, ich kann mich nicht erinnern, sondern ich möchte natürlich im Ausschuss dazu beitragen, dass die Wahrheit ans Licht kommt. Und daher war das, ist das für mich - meiner Meinung nach - eine korrekte Vorgangsweise, wenn ich sage, am Papier war

ich zuständig, aber die gesamte Kommunikation ist letztendlich über die Finanzabteilung gelaufen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Und in den Sitzungen der Landesregierung? Wenn dort dann etwas vorgelegt wurde - ein Sitzungsakt, ein Antrag, ein Beschlusstext? Wer war da dann zuständig?

Mag. Franz Steindl: Frau Abgeordnete, wissen Sie, ich muss Ihnen vielleicht auch sagen, wie eine Regierungssitzung abläuft. Nämlich, da gibt es irrsinnig viele Tagesordnungspunkte, jede Woche. Wir hatten jede Woche Regierungssitzung, die Frau Vorsitzende weiß das zu genau, und da gab es natürlich bürointern die Vorbesprechungen. Da wurden die Akte durchleuchtet von den Büromitarbeitern.

Dann gab es meistens am Montag am Abend Regierungsvorbesprechungen, wo ein größerer Kreis eingeladen wurde.

Dann sind wir die Regierungspunkte durchgegangen. Hat es Punkte gegeben, wo es Probleme gegeben hätte von meiner Seite, habe ich den Landeshauptmann angerufen und habe gesagt: Du, ich würde bitten, dass wir das nicht beschließen in der morgigen Regierungssitzung - die war ja am Dienstag -, sondern noch zuwarten. Ich habe da einige Fragen.

Dann gab es die Regierungssitzung. Die Regierungssitzung ist immer so abgelaufen, dass die Tagesordnung bekannt war. Wir haben das alles vorher durchgekaut, einen Tag vorher, und dann gab es vom Landeshauptmann immer die Frage: Gibt es zu irgendeinem Punkt eine Stellungnahme oder eine Frage?

Und das wurde dann erörtert oder nicht erörtert und letztendlich wurde dann das so beschlossen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön. Ich habe tatsächlich keine Ahnung, wie es intern in einer Regierungssitzung auf Landesebene aussieht.

Mag. Franz Steindl: Aber es mag sein, dass sich das geändert hat. Ich habe keine Ahnung jetzt.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Mich beschäftigt das Jahr 2007, wo der erste Prüfer - der beauftragte Prüfer vom Land, der die Revision im Auftrag des Landes durchführen sollte - die Revision für die Personalkreditgenossenschaft, der Herr Nidetzky, sich zurückzog, und in der Landesregierung wurde dann beschlossen, die TPA Horwath als Prüfer einzusetzen.

Wer bringt jetzt bei der Zuständigkeit so einen Antrag ein?

Mag. Franz Steindl: Also, Frau Abgeordnete, jetzt weiß ich nicht, wer den Antrag genau eingebracht hat. Ich würde es Ihnen sagen, wenn ich es wüsste. Aber es wurde sicher im Vorfeld alles geklärt, ja, und in der Regierung dann einstimmig beschlossen.

Und für mich gab es damals kein Problem deswegen, weil ich ja dafür war, dass da weiter geprüft wird, und für mich gab es auch keine Unvereinbarkeit, wenn also dann die TPA beauftragt wurde.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön. War dann 2007 auch ein Thema - noch einmal die Frage -, macht man das jetzt weiter oder nicht? Seit 1997 mit dem neuen Genossenschaftsrevisionsgesetz gäbe es ja eine andere

rechtliche Grundlage. Hat man darüber geredet, wie es überhaupt dazu gekommen ist?

Mag. Franz Steindl: Frau Abgeordnete, ich habe versucht, in meinem Eingangsstatement ein bisschen die Atmosphäre zu skizzieren und habe bewusst das Jahr 2007, 2008 hervorgehoben, wo es in der Kommunikation untereinander doch etwas holpriger war.

Also, da ist aufgekommen dieser Artikel im „Kurier“, dann das Budget 2008, das ohne unsere Stimmen beschlossen wurde, dann wo unsere Budgets dann letztendlich auf Null gestellt wurden und so weiter.

Also da gab es dann letztendlich nicht mehr diese Kommunikation in diesem Zeitraum, wie sie halt früher oder nach 2010 bestanden hat.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Können Sie sich erinnern, wie es dazu gekommen ist, dass man die TPA ausgesucht hat? Gab es da irgendwie eine Ausschreibung? Gab es da Kriterien oder wurde einfach - hat irgendjemand gesagt, TPA ist gut, machen wir?

Mag. Franz Steindl: Also ich kann mich nicht erinnern, dass es da in irgendeiner Weise große Diskussionen gegeben hätte. Da gab es den Vorschlag, diese Prüfung der TPA zu übertragen. Und die TPA war für mich immer eine renommierte Firma. Und damit gab es auch für mich kein Hinterfragen, weil das für mich korrekt abgelaufen ist.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ja, das verstehe ist. War das so üblich, dass solche Beauftragungen ohne Ausschreibungen dann erteilt wurden, weil halt jemand den Vorschlag gemacht hat, da kennt man jemanden Kompetenten? War das durchaus Alltag damals im Regierungsgeschehen?

Mag. Franz Steindl: Na ja, es war, Frau Abgeordnete, sehr oft üblich, auch in anderen Gesellschaften, dass man immer wieder Wirtschaftsprüfer gewechselt hat, ja. Man hat einmal den genommen, einmal den. Und daher gab es für mich da keinen Anlass, das zu hinterfragen in der damaligen Zeit.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Vielleicht war meine Frage nicht ganz klar formuliert. Mich würde interessieren, ob das sozusagen im Alltag der Landesregierung, wie sie damals gearbeitet hat, üblich war, dass bei solchen Beauftragungen jemand einen Vorschlag gemacht hat und dann hat man dem vertraut oder ob es eigentlich üblich war, Ausschreibungen zu machen?

Mag. Franz Steindl: Frau Abgeordnete, ich gehe davon aus, dass jedes Regierungsmitglied damals - und wir waren sieben - sehr korrekt gehandelt hat. Und daher gab es für mich keine Zweifel, dass das richtig in die Bahnen gelenkt wird und daher habe ich auch dem zugestimmt.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ich möchte von dem Einzelfall weggehen. War es insgesamt üblich, unabhängig jetzt von dem Fall, aber war das etwas, was halt so üblich war?

Mag. Franz Steindl: Frau Abgeordnete, das kann ich Ihnen deswegen jetzt nicht genau beantworten, weil ich nie derartige Beauftragungen gemacht habe. Bei mir war es immer so, zum Beispiel im Jugendreferat, wenn ich da Projekte gehabt habe, da haben wir immer verschiedene Kostenvoranschläge eingeholt und haben dann betraut.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Und ist Ihnen nicht verinnerlicht, dass bei der TPA, also bei der Beauftragung vorher, auch verschiedene Firmen und Kostenvoranschläge...

Mag. Franz Steindl: Also, das war 2010, jetzt haben wir 2020, ich versuche wirklich sehr korrekt zu antworten. Aber Sie werden mir zugestehen, das ist doch schon ein langer Zeitpunkt und Zeitrahmen. Also ich gehe davon aus, dass das alles ordnungsgemäß abgelaufen ist mit der Beauftragung.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Obwohl ich jetzt annehme, die Antwort schon zu kennen, aus dem, was Sie bislang gesagt haben, stelle ich trotzdem die Frage. Sie waren zuständig auf dem Papier, haben Sie sich mit dem Genossenschaftsrevisionsgesetz beschäftigt?

Mag. Franz Steindl: Nein.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Also, das heißt, was jetzt tatsächlich die Verantwortung des Landes ist, wenn Sie die Revision für eine Genossenschaft übernimmt, war jetzt für Sie keine Frage?

Mag. Franz Steindl: Wissen Sie, Frau Abgeordnete, von 1994 bis zum letzten Zeitpunkt gab es eins, zwei, drei, vier, fünf Wirtschaftsreferenten. Und ich glaube, dass Sie, wenn Sie die anderen vier fragen, auch dieselbe Antwort bekommen werden. Das war kein Thema.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Aber jetzt sitzen halt Sie da.

Mag. Franz Steindl: Das war kein Thema und ich sage das auch ganz korrekt, da war kein Anlass und auch kein Thema.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Wissen Sie, war diese Genossenschaft die einzige, bei der das Land die Revisionsbefugnis hatte oder gab es da noch andere Genossenschaften?

Mag. Franz Steindl: Ja, es gab im Bereich verschiedener anderer Projekte sehr wohl auch Wirtschaftsprüfer, die nicht von der TPA gekommen sind.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Aber das Land hatte auch bei anderen Genossenschaften Revisionsaufgaben oder war das ein Einzelfall? Ich weiß es nicht, deswegen frage ich Sie.

Mag. Franz Steindl: Da muss ich ehrlich sagen, das kann ich Ihnen auch nicht beantworten, weil ich damit nie befasst wurde.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Können Sie sich daran erinnern, im Jahr 2014 war die Commerzialbank, also die Personalkreditgenossenschaft, einmal Thema in einer Landesregierungssitzung, weil die Landesregierung hat sich angeblich einen Akt ausheben lassen. Können Sie sich da an irgendetwas erinnern?

Mag. Franz Steindl: Nein. Also, das war garantiert nicht dieses große Thema in einer Regierungssitzung. Denn Regierungssitzungen sind immer so abgelaufen, dass man im Vorfeld vieles geklärt hat und dann war eigentlich die Zeit einer Regierungssitzung sehr knapp bemessen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke. Ich komme zu einem anderen Thema, (*Mag. Franz Steindl: Gerne.*) Aufsichtsrat-Funktionen. Weil Sie kennen ja den Alltag oder die Aufgaben eines Aufsichtsrats und Sie haben uns

vorher geschildert, warum Sie nicht im Aufsichtsrat der Fußballakademie sein wollten.

Und das hat mich auch ein bisschen verwirrt, weil mein Verständnis von Aufsichtsrat war bislang, man sitzt dort eben, um die Aufsicht wahrzunehmen. Das könnte ja gerade in Ihrer Situation eine gute Rolle gewesen sein, hier im Aufsichtsrat zu sitzen und deswegen mehr Einblick zu haben. Das haben Sie anders verstanden?

Mag. Franz Steindl: Ich bin damals in den Aufsichtsrat gegangen, weil es ein gemeinsames Projekt war. Aber ich habe in der Zeit, und die habe ich ja geschildert, wo die Budgets von uns auf Null gestellt wurden, ich kann mich erinnern, im Jugendbereich habe ich über Sponsoring Budgets machen müssen, bei anderen Dingen auch.

Und da war natürlich für mich klar, ich werde mich auf das konzentrieren, wo ich auch etwas weiterbringe, und ich habe diese Möglichkeiten als Aufsichtsrat in der Fußballakademie nicht gesehen und daher diese Konsequenz.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Also, die sozusagen Prüffunktion, die Aufsichtsfunktion, hat Sie dann nicht gereizt, den anderen auf die Finger zu schauen, wenn man schon keine Macht hat?

Mag. Franz Steindl: Nein, weil natürlich diese Aufsichtsratsfunktion ja nicht für das Land verlorengegangen ist, sondern dann hat jemand anderer halt diese Aufsichtsratsfunktion besetzt und vielleicht auch besser ausgefüllt.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Da bringen Sie mich gleich zu meiner nächsten Frage. (*Mag. Franz Steindl: Gerne.*) Was ist dann denn die Aufgabe eines Aufsichtsrates? Was macht man denn dann, wenn man im Aufsichtsrat ist? Ich war noch nie Aufsichtsrätin.

Mag. Franz Steindl: Da gibt es eine, Frau Abgeordnete, da gibt es eine genaue Satzung, wenn Sie ins Firmenbuch, wenn Sie eine Gesellschaft ins Firmenbuch eintragen. Dann wird auch dort genau bestimmt, aus wie vielen Personen der Aufsichtsrat besteht.

Der Aufsichtsrat beschäftigt sich vor allem mit einem Jahresvoranschlag, mit G&V, mit einer Bilanz, mit den Anlagen, mit strategischer Ausrichtung, die er genehmigt und dann an die Generalversammlung weiterleitet oder beschäftigt sich mit wesentlichen grundsätzlichen Fragen.

Aber die geschäftlichen, die Tagesgeschäfte, werden nicht vom Aufsichtsrat erledigt, sondern vom Vorstand oder vom Geschäftsführer. So kenne ich das GmbH-Gesetz oder sogar das Aktiengesetz.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ich bedanke mich für diese Antwort. In dem Fall kommt es uns sogar zugute, dass sich einige Aufsichtsräte der Personalkreditgenossenschaft zu früheren Befragungsterminen aus gesundheitlichen Gründen entschuldigt haben. Dann kann ich später nachfragen, wie dann dort die Aufsicht ausgeführt wurde. (*Mag. Franz Steindl: Gerne.*)

In der Runde, dann zum Thema Aufsichtsräte, noch eine Frage. Wie hat den die Landesregierung jeweils ausgewählt, wer, wo eine Aufsichtsratsfunktion bekommen hat?

Mag. Franz Steindl: Frau Abgeordnete, wir sind immer in diesen Bereichen zusammengesessen und haben überlegt, wer könnte da, wer könnte das Land vertreten? Und es waren in den Aufsichtsräten ja nicht nur Vertreter des Landes,

sondern auch externe Experten dabei und wir haben versucht, auch diese Experten gemeinsam in den Aufsichtsrat zu holen.

Und dann gab es sogar eine Zeit, ich kann mich erinnern an die WiBAG, also die Wirtschaft, da war der Herr Landeshauptmann Niessl Aufsichtsratsvorsitzender, meine Person war Aufsichtsratsvorsitzender-Stellvertreter. Es gab dort immer wieder Einhelligkeit zwischen uns. Da gab es sogar in den stürmischen Zeiten kein Problem und wir haben immer die Meinung der Externen eingeholt.

Und es war dann ein Zeitpunkt, wo wir gesagt haben, so, jetzt wäre es glaube ich gut, wenn wir uns als Landespolitiker von den vielen Aufsichtsratsfunktionen verabschieden und versuchen, noch mehr an Experten zu gewinnen, die diese Funktionen ausfüllen.

Ich habe mich immer als Wirtschaftsreferent bemüht - und ich habe Wirtschaft studiert, da waren ja sehr viele Rechtsfächer dabei -, egal, wo ich eine Funktion gehabt habe, das Aktiengesetz oder das GmbH-Gesetz dementsprechend auszufüllen und mich genau zu erkundigen und mich zu 100 Prozent einzubringen für die Sache.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Jetzt habe ich noch ein bisschen Zeit, kann ich doch noch zu einem anderen Thema kommen? (*Mag. Franz Steindl: Gerne.*) Sie sind kein Fußballfan und haben sich deswegen gar nicht für VIP-Karten oder VIP-Zelt interessiert, nehme ich mal an, beim SVM.

Mag. Franz Steindl: Ich habe keine VIP-Karten verlangt.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Aber hatten Sie irgendwelche Wahrnehmungen, dass es so etwas gab, so VIP-Karten, Packages?

Mag. Franz Steindl: Frau Abgeordnete, schauen Sie, es war so, (*Abg. Mag.a Regina Petrik: Nicht für Sie, allgemein.*) ja, es gab ja eine Diskussion, bundesweit, was darf ein Politiker und was darf ein Politiker nicht. Ja. Das war die Zeit, wo man dann diese Compliance-Regeln eingeführt hat und wo man ganz genau fixiert hat - auch im Land -was darf man, was darf man nicht?

Und ab diesem Zeitpunkt haben sich, glaube ich, da gehe ich davon aus, alle darangehalten. Ich habe mich darangehalten, ja.

Dass es vorher, vielleicht zum Match ein-, zwei-, dreimal irgendwelche Einladungen gegeben hat, das schließe ich ja nicht aus, und das habe ich auch gesagt. Aber ab diesem Zeitpunkt, wo diese Compliance-Regeln oder wo diese Diskussion und diese gesetzlichen Bestimmungen kamen, war das für mich ein No-Go.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön. Für die Runde bin ich fertig.

Mag. Franz Steindl: Gerne.

Vorsitzende Verena Dunst: Ja, Danke schön. Ich darf weiterleiten an die SPÖ, die jetzt die Fragen stellt. Wer wird das tun? Der Herr Abgeordnete Schneckner? Abgeordneter Preiner? Bitte Herr Abgeordneter Preiner.

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Danke schön Frau Vorsitzende. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter außer Dienst, Herr Mag. Steindl, Sie haben in Ihrem Eingangsstatement doch Ihre Tätigkeit aus Ihrer Sicht in der Burgenländischen Landesregierung, glaube ich, sehr interessant geschildert.

Laut Geschäftsordnung waren Sie für den Revisionsverband zuständig. Das ist korrekt?

Mag. Franz Steindl: Ja, das habe ich, glaube ich, heute schon einige Male betont.

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Ja. Haben Sie Unterlagen der Revision bekommen?

Mag. Franz Steindl: Also, über diese Unterlagen könnte ich mich jetzt nach zehn, 15 Jahren nicht erinnern, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Also, daraus schließe ich, dass Sie anscheinend keine bekommen haben. Weshalb haben Sie auch keine angefordert, obwohl Sie zuständig waren?

Mag. Franz Steindl: Herr Abgeordneter, weil das damals überhaupt kein Thema war, weil das absolut kein Thema in der Politik oder in der Landesverwaltung oder in meinem Büro war.

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Sie haben vorher auch gemeint, dass Sie doch auch viele Akten vidiert haben, ich nehme an auch über Revisionsberichte der Genossenschaft. Auch hier ist Ihnen nichts aufgefallen?

Mag. Franz Steindl: Herr Abgeordneter, Beauftragungen in Form eines Regierungsaktes und den zu vidieren, das wird schon so gewesen sein. Aber ich habe keine Berichte gesehen.

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Meine weitere Frage in die Richtung gehend: Weshalb waren die Agenden des Landes im Zusammenhang mit der Beauftragung der Revision der Genossenschaft anscheinend beim Finanzlandesrat angesiedelt und nicht bei Ihnen als Wirtschaftslandesrat, wo Sie doch auch laut Geschäftsordnung für den Revisionsverband zuständig gewesen sind? Haben Sie das nicht in Ihrer aktiven Tätigkeit auch teilweise hinterfragt?

Mag. Franz Steindl: Das war deswegen kein Thema, weil es immer wieder zwischen den Regierungsmitgliedern Absprachen beziehungsweise Gespräche gegeben hat. Und daher kann ich diese Frage auch nicht so beantworten.

Aber ich habe gehört, dass ein Kollege, ein ehemaliger Kollege, von mir auch geladen ist, der ja zuständig ist. Und ich würde Sie bitten, dass Sie dann vielleicht ihm die Frage stellen, dass Sie vielleicht dort eine konkrete Antwort bekommen. Ich kann das nicht beantworten.

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Ich möchte vielleicht auch noch, das wurde heute schon einige Male angesprochen, das Jahr 2007 ansprechen. Sie als zuständiger Referent für den Revisionsverband, nehme ich an, haben auch hier den Regierungsakt zur Abstimmung gebracht, dass die TPA mit der Revision, als Revisor betraut werden soll.

Mag. Franz Steindl: Das wird schon so gewesen sein. Und da gab es auch keine Zweifel von mir und da gab es auch keine, irgendwelche Indizien, dass da irgendetwas nicht stimmen könnte.

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Ich nehme an, die Akten werden entsprechend vorbereitet. Sie haben es vorhin gesagt, am Montag vor einer Regierungssitzung, am Dienstag darauffolgend - gibt es hier inhaltliche

Abstimmungen? Ich gehe davon aus, dass normalerweise die Regierungsbüros die Akten vorbereiten?

Mag. Franz Steindl: Selbstverständlich, die Regierungsbüros oder dann die jeweilige Abteilung, wenn man etwas hinterfragt. Keine Frage.

Aber für mich war das, nachdem es wöchentlich Vorbesprechungen gab, wöchentlich Regierungssitzungen, irrsinnig viele Beschlüsse, da musste ich natürlich auch davon ausgehen, dass all das, was mir vorgelegt wird und was ich dann zum Teil auch prüfen konnte, korrekt ist. Davon gehe ich aus.

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Was waren die Inhalte und Aufgaben, Herr Mag. Steindl, des Landes im Zusammenhang mit der Beauftragung der Revision der Genossenschaft?

Wir haben dazu bereits vor einigen Sitzungstagen seitens des Sachverständigen Dr. Motter gehört, dass das Land nicht Revisor war, sondern nur die Pflicht hatte, den Revisor zu bestellen, seine Berichte zur Kenntnis zu nehmen, nicht aber eine inhaltliche oder materielle Prüfung der Berichte durchzuführen.

Ist das aus Ihrer Sicht so richtig? Und wurden diese Aufgaben auch ordnungsgemäß wahrgenommen, Ihrer Meinung nach?

Mag. Franz Steindl: Herr Abgeordneter, wenn das ein profunder Sachverständiger so dem Ausschuss berichtet, dann kann ich dem nichts hinzufügen.

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Sie schließen sich der Meinung des gerichtlich beeideten Sachverständigen an?

Mag. Franz Steindl: Da habe ich viel zu wenig Wissen, dass ich da eine andere Meinung vertreten könnte.

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Würden Sie also, um das enorme Wissen aufzugreifen, mit Ihrem heutigen Wissenstand sagen, dass das Land seine Aufgaben im Zusammenhang mit der Revision der Genossenschaft korrekt und ordnungsgemäß wahrgenommen hat?

Mag. Franz Steindl: Herr Abgeordneter, hätte ich das heutige Wissen über diese Vorgänge, dann können Sie, dann hätten Sie von mir garantiert verlangen können, das hätte ich auch gemacht, dass so manche Dinge natürlich hinterfragt werden.

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): War es Aufgabe des Landes, den Revisor der Genossenschaft zu bestellen? War das auch ein Thema in der Landesregierung außerhalb dieser einen Regierungssitzung 2007, wo eben die TPA bestellt wurde?

Mag. Franz Steindl: Es gab sonst keine Diskussion und es war auch kein Thema.

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Haben Sie jemals in Ihrer Tätigkeit und Zuständigkeit für den Revisionsverband Unregelmäßigkeiten in der Genossenschaft feststellen können oder davon vielleicht auch aus dritter Hand gehört?

Mag. Franz Steindl: Klare Antwort - nein.

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Keine weiten Fragen gegenwärtig!

Vorsitzende Verena Dunst: Ja gerne. Herr Abgeordneter Mag. Dr. Fürst, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ): Hört man mich? Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Herr Mag. Steindl, danke für Ihre Ausführungen. Es war sehr spannend zu sagen, dass man einfach nicht klar verorten kann, wo jetzt Kompetenzen sind, noch über so einen langen Zeitraum.

Nur dass Sie auch das verstehen: Wir gehen ja davon aus, dass das Land keinerlei Schuld trifft. Das haben uns jetzt mehrfach Expertinnen und Experten bestätigt, dass sozusagen der Revisor diese Wirtschaftsprüfungskanzlei war.

Also uns ist die Frage, wer für das politisch zuständig ist, völlig egal und nebulos, ich sage das nur dazu. Wer war bei Ihnen in dieser Zeit Büroleiter?

Mag. Franz Steindl: Herr Abgeordneter, es waren in der ersten Phase der Abgeordnete und Bürgermeister Thomas Steiner, der - glaube ich - war bis 2000, ich weiß jetzt nicht 2010 oder so.

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ): Von wann bis wann zirka?

Mag. Franz Steindl: 2010, glaube ich, 2000 bis 2010. Dann war nach ihm der Georg Kummer Büroleiter und dann der Günter Jost.

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ): Ja. Insofern interessant, weil Sie ja immer sehr betont haben, dass das Büro auch vorbereitet hat, Unterlagen aufbereitet hat.

Mag. Franz Steindl: Aber das war, Herr Abgeordneter, in allen - also vielleicht kann mich die Frau Vorsitzende korrigieren -, aber das war allgemein so, dass die Büromitarbeiter gewisse Dinge aufbereitet haben. War klar, für das habe ich auch Büromitarbeiterinnen und Büromitarbeiter, damit sie mir gewisse Dinge aufbereiten, ansonsten können wir all das gar nicht bewältigen.

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ): Ja, das ist klar. Ich habe selber einmal in einem politischen Büro gearbeitet. Nach 2004, da kann ich mich erinnern, da war der Herr Mag. Steiner schon Büroleiter, also es muss irgendwie davor gewesen sein. Danke schön. Ich gebe dann weiter an die ÖVP.

Vorsitzende Verena Dunst: Danke. Das heißt, es geht weiter, die SPÖ hat damit keine weiteren Fragen in der ersten Befragungsrunde. Die ÖVP ist dran, Bitte Herr Abgeordneter Fazekas.

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Ja danke Frau Vorsitzende. Bevor ich meine erste Frage stelle, gestatten Sie mir eine kurze Anmerkung, Herr Kollege Preiner.

Wenn Sie dem Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl hier sagen, er hätte Prüfberichte vidiert, dann erwarte ich mir zumindest, dass Sie diesen vidierten Prüfbericht vorlegen - Punkt eins.

Und Punkt zwei, weil diese Frage der Zuständigkeit immer wieder für Irritationen sorgt beziehungsweise auch falsch dargestellt wurde in den letzten Wochen und Monaten. Herr Mag. Franz Steindl, vor Ihnen war der Dr. Rauchbauer bei uns. Und er ist befragt worden auch zu dieser Frage, wer tatsächlich als politischer Referent zuständig war. Und es hat eine ganz klare Aussage gegeben, dass es aus dem Jahr 1992 von ihm - damals als Leiter des Verfassungsdienstes - ein Gutachten gegeben hat, dass der Referent zuständig ist, der für das Bankwesen

zuständig war, laut Referatseinteilung. Und das war Stix damals, in weiterer Folge Bieler und jetzt Doskozil.

Sprich, nicht der Wirtschaftslandesrat, der für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zuständig war, hatte die politische Verantwortung, sondern der Finanzlandesrat. Dementsprechend gibt es auch keine Akten, die von Ihnen beziehungsweise vom Wirtschaftslandesrat eingebracht wurden. Das zur Berichtigung.

Meine erste Frage an Sie, Herr Mag. Steindl, Sie waren ja Wirtschaftsreferent, von 2000 bis 2015 Landeshauptmann-Stellvertreter. Wofür waren Sie als Wirtschaftsreferent konkret zuständig?

Mag. Franz Steindl: Die Frage war?

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Als Wirtschaftsreferent, wofür waren Sie da konkret zuständig?

Mag. Franz Steindl: Als Wirtschaftsreferent war ich für viele Aufgaben zuständig. Erstens einmal gab es die Wirtschaftsförderung, die wurde ja ausgelagert und daher haben wir über die WiBAG die Wirtschaftsförderung abgewickelt.

Ich war zuständig für Gewerbe. Ich kann mich erinnern an unzählige Diskussionen - zum Beispiel, wenn ich denke an das Rauchfangkehrergewerbe, die Kehrordnung, die Bauordnung. Es waren also sehr mühsame, manches Mal interessante Diskussionen, man lernt irrsinnig viel.

Also ich war als Wirtschaftsreferent für diese vielen Dinge, für Wettbewerb, Marken- und Musterschutz, Patentwesen, Eich- und Messwesen, Preisüberwachung, Energierecht und so weiter und so fort, also da gab es eine Menge an Dingen, für die der Wirtschaftsreferent, die Aufsicht über die Wirtschaftskammer und so weiter und so fort, also da gab es eine ganz eine Menge an Dingen, für die eigentlich der Wirtschaftsreferent laut Referatseinteilung zuständig war.

Abgeordnete DI Julia Wagentristl (ÖVP): Dann, sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter außer Dienst, mein Name ist Julia Wagentristl vom ÖVP-Klub. Ich darf Ihnen die nächste Frage stellen.

Sie haben bereits ausgeführt in Ihrem Eingangsstatement, dass die Korrespondenz ausschließlich über die Finanzabteilung passierte und auch der Finanzlandesrat die TPA beauftragt hat. Können Sie sich erklären, warum der Auftrag an die TPA für die Revision der Genossenschaft vom Finanzlandesrat erteilt wurde?

Mag. Franz Steindl: Ja, also ich glaube, ich habe das schon einmal beantwortet. Für mich gab es eigentlich keinen Anlass, dass ich da etwas hinterfragt hätte, weil das gang und gäbe war in der Politik, in der Regierung, dass gewisse Dinge besprochen werden und dann umgesetzt wurden. Und daher gab es auch für mich keinen Anlass zu hinterfragen, warum die TPA mit dem beauftragt wurde.

Abgeordnete DI Julia Wagentristl (ÖVP): Okay, und können Sie uns ganz kurz anführen, wer in Ihrer Zeit, als Sie in der Landesregierung waren, Finanzlandesrat war beziehungsweise auch davor, also seit 1994?

Mag. Franz Steindl: Ja, ich bin im Jahr 2000 eingetreten in die Burgenländische Landesregierung und habe bis 2015 auf jeden Fall einen Finanzlandesrat vorgefunden und das war der Kollege Helmut Bieler.

Abgeordnete DI Julia Wagentristl (ÖVP): Und Sie haben auch im Eingangsstatement schon erwähnt, dass Sie über keinerlei Missstände der Commerzialbank beziehungsweise auch der Genossenschaft informiert wurden. Ist das richtig?

Mag. Franz Steindl: Das ist richtig.

Abgeordnete DI Julia Wagentristl (ÖVP): Okay, und im Jänner 2015, das wurde auch schon von Kollegen erfragt, wurde ja sozusagen versucht, die Revisionstätigkeit für die Kreditgenossenschaft zu beenden. Ist Ihnen da irgendetwas in Erinnerung?

Mag. Franz Steindl: Na ja, das Einzige, was mir in Erinnerung ist und das habe ich bereits betont, war, dass wir immer wieder versucht haben, die Landesverwaltung und auch all diese Aufgaben effizient zu gestalten. Und da gab es natürlich Vorschläge, die für mich sinnvoll erschienen sind und daher gab es da auch keinen Widerspruch.

Abgeordnete DI Julia Wagentristl (ÖVP): Und können Sie sich aus Ihrer Zeit in der Burgenländischen Landesregierung an konkrete Vertragsbeziehungen mit der Commerzialbank Mattersburg Burgenland AG erinnern?

Mag. Franz Steindl: Nein, keine einzige.

Abgeordnete DI Julia Wagentristl (ÖVP): Okay, vielen Dank. *(Mag. Franz Steindl: Gerne.)* Für diese Runde keine Fragen mehr.

Vorsitzende Verena Dunst: Gut, danke. Damit ist die erste Befragungsrunde fertig, ich darf in die zweite kommen, die Zeit: jeweils drei Minuten pro Klub.

Sie haben als erstes das Wort, bitte Herr MMag. Petschnig.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Frau Vorsitzende. Ich habe keine Fragen an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter.

Vorsitzende Verena Dunst: Ich gebe weiter an Sie, Frau Klubobfrau Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön. Wir haben ja auch einiges zu den Gemeinden, die mit der Commerzialbank Mattersburg in einem vertraglichen Verhältnis standen, zu tun und zum Beispiel sind wir da auf die Hirmer Bauland-Erschließungs GmbH gestoßen. Es gibt auch mittlerweile Draßburg, aber die ist erst 2017 gegründet worden. Ich nehme an, mit der hatten Sie gar nichts mehr zu tun als Gemeindereferent?

Mag. Franz Steindl: 2017 war ich nicht mehr in der Landesregierung. Nein.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Also auch keine Vorarbeiten oder so?

Mag. Franz Steindl: Nein.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Die Hirmer Bauland-Erschließungs GmbH ist Ihnen irgendwie ein Begriff?

Mag. Franz Steindl: Jetzt schon, ist mir vorher eigentlich nicht aufgefallen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Also als Gemeindereferent haben Sie diesbezüglich ...

Mag. Franz Steindl: Als Gemeindereferent, Frau Abgeordnete, habe ich Prüfberichte bekommen von der Gemeindeabteilung, wenn Gemeinden überprüft wurden. Aber es wurden nicht nur die Gemeinden überprüft, sondern auch die ausgelagerten Stellen, GesmbH und so weiter.

Diese Prüfberichte sind von mir - das kann ich wirklich ganz offen sagen - alle durchgesehen worden, jeder Prüfbericht. Das habe ich mir selber genau durchgelesen und da ist mir nichts aufgefallen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke, das ist gut, vielleicht können Sie mir dann bei der nächsten Frage weiterhelfen. Mir ist aufgefallen bei der Aktendurchsicht, dass es sehr unterschiedlich gehandhabt wird von Gemeinden, wenn sie Kredite nehmen. Es gibt Gemeinden, die Kredite bei verschiedenen Kreditinstituten nehmen und einzelne Gemeinden, die ausschließlich mit der Commerzialbank Mattersburg hier in einem vertraglichen Verhältnis waren.

Gab es da seitens der Gemeindeabteilung oder von Ihnen als Gemeindereferent irgendwelche Richtlinien oder Ratschläge, wie man das handhaben soll?

Mag. Franz Steindl: Also ich habe das immer so gehalten und ich glaube, das war auch korrekt, dass ich mich in der Bearbeitung derartiger Akte nicht eingemischt habe, sondern, das, was mir vorgelegt wurde, das wurde von mir bearbeitet. Wenn etwas unklar war, wurde das hinterfragt, und wenn das in Ordnung war, dann gab es von mir eine Zustimmung zu dieser Kreditaufnahme zum Beispiel.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ich meine jetzt gar nicht so sehr den einzelnen Fall, aber generell. Gibt es für Gemeinden Ratschläge, ob sie sich, wenn sie Kredite nehmen - weil, es gibt ja in Gemeinden verschiedenste Projekte -, eher sozusagen mit einem Kreditinstitut ihres Vertrauens einlassen sollen bei verschiedenen Krediten oder eher das aufzuteilen? Das ist eine offene Frage.

Mag. Franz Steindl: Sehr geehrte Frau Abgeordnete, also Empfehlungen, welche Bank da ausgesucht wird, gab es nie, ja. Aber im Zuge der derivativ Geschäftsdiskussion, die damals aber nicht nur im Burgenland, sondern ja österreichweit oder europaweit war, diese derivativ Geschäftsdiskussion, aufgrund dessen haben wir oder habe ich veranlasst, dass es seitens der Abteilung dann genaue Richtlinien gegeben hat, wie eigentlich derartige Aufnahmen gehandhabt werden.

Ich habe das auch den Gemeinden verschickt. Es gab sogar eine Broschüre von mir mit all diesen Dingen, auch wie man Auslagerungen behandelt. Das war der Anlass damals als 2007 - 2008 diese Diskussion um Derivatengeschäfte aufgetreten sind. Aber von mir eine Empfehlung, welche Bank hier genommen wird, gab es nie.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Nein, ich meinte auch nicht, welche Bank, aber nur grundsätzlich eher ein Kreditinstitut des Vertrauens oder Aufteilung?

Mag. Franz Steindl: Nein, nein, nein. Das hat für mich nie eine Relevanz gehabt.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Okay, gut. Danke schön. Eine kleine Frage: Ist es üblich, dass Gemeinden Lebensversicherung abschließen für Gemeindebedienstete? Ist Ihnen das öfter untergekommen als Gemeindereferent?

Mag. Franz Steindl: Das mag sein, dass das - also ich kann mich jetzt nicht an einen konkreten Fall erinnern - aber es mag schon sein, dass das vielleicht da und dort eine Diskussion war. Aber für mich war das nicht, war das eher nebensächlich.

Wenn ein Sachbearbeiter des Amtes der Burgenländischen Landesregierung diesen Akt bearbeitet hat und den korrekt bearbeitet hat - davon bin ich immer ausgegangen - dann war das für mich okay.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sie waren ja auch Bürgermeister, oder?

Mag. Franz Steindl: Selbstverständlich.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Eben, wie haben Sie das als Bürgermeister gehandhabt? Gab es das da?

Mag. Franz Steindl: Es gab von meiner Seite aus Bürgermeister nie derartige Lebensversicherungen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Okay, Danke. Ich hinterfrage das ein bisschen, weil man findet einiges in den Unterlagen und wundert sich mitunter.

Damit ist es das jetzt einmal für mich mit der zweiten Runde, den Rest nehme ich mit. Danke.

Vorsitzende Verena Dunst: Danke, ich gebe weiter an die SPÖ. Wer fragt?

Bitte Herr Abgeordnete Preiner.

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Danke schön Frau Vorsitzende. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter außer Dienst, Sie haben eigentlich auch sehr viel über Ihre anderweitigen Tätigkeiten - außer in dieser vorhin von mir angesprochen Funktion - erzählt, auch schon sehr weit weggehend vom eigentlichen Untersuchungsgegenstand, aber doch sehr interessant, wie ich meine.

Das vorhin angesprochene Gutachten vom Kollegen Fazekas stammt nicht aus 1992, sondern 1994, und wie Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter außer Dienst, gesagt haben, ab 2004 war dann eine klare Referatseinteilung, wo Sie auch gesagt haben, dass Sie laut Geschäftsordnung für den Revisionsverband zuständig gewesen sind. Eine Feststellung meinerseits.

Sie haben auch noch gemeint, dass es diverse Diskussionen über Zuständigkeiten gegeben hat innerhalb der Landesregierung. Vielleicht könnten Sie da noch etwas sagen, ob vielleicht auch über den Revisionsverband eine Diskussion entstanden ist?

Mag. Franz Steindl: Herr Abgeordneter, über den Revisionsverband gab es keine Diskussionen. Ansonsten, wenn Sie Zeit haben nach dem Untersuchungsausschuss, kann ich Ihnen da vieles noch sagen, wie wir in der Diskussion das eine oder andere gehandhabt haben, aber wie Sie richtig gesagt, schon bemerkt haben, hat es mit dieser Sache nichts zu tun.

Vorsitzende Verena Dunst: Gibt es keine weiteren Fragen seitens des SPÖ-Klubs? Nein, das ist nicht der Fall. Die ÖVP ist am Wort. Bitte sehr, wer fragt?

Bitte Herr Abgeordnete Fazekas.

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Ich würde gerne einen Akt in Umlauf bringen, wo auch ersichtlich ist, dass der Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl keine Beauftragungen vorgelegt hat, sondern der Landesrat Helmut Bieler, nämlich aus der Konsequenz heraus, weil er auch verantwortlich war.

Herr Kollege Preiner, ich ersuche Sie wirklich, bei der Wahrheit zu bleiben, weil das, was Sie jetzt artikuliert haben war nicht die Wahrheit. *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Was war nicht in Ordnung? Sie haben 1992 gesagt, es war 1994.)*

Vorsitzende Verena Dunst: Herr Abgeordneter, Sie möchten das verteilen? *(Abg. Patrik Fazekas, BA: Ja.)* Dann unterbreche ich während der Verteilung. Sie haben die Kopien schon, oder? Gut, ich unterbreche. Danke an die Frau Amtsrätin Huber, sie wird das verteilen.

(Eine Bedienstete der Landtagsdirektion verteilt die Unterlagen.)

Wir schauen uns das an. Sie bekommen natürlich auch eines, damit Sie sich anschauen können, um was es da geht.

Zum Inhalt, Herr Abgeordneter, Sie haben eine Frage zu diesem Akt, Regierungsakt.

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Ich glaube, das ist eindeutig. Helmut Bieler hat hier den Antrag gestellt, die TPA zu beauftragen. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter außer Dienst, haben Sie dazu noch eine Wahrnehmung?

Mag. Franz Steindl: Herr Abgeordneter, ich habe das eingangs erwähnt. Nachdem ich dem Untersuchungsausschuss auch medial genau verfolge, und auch das, was der Herr Verfahrensrichter einmal gemeint hat, nämlich, wir versuchen klare Antworten zu bekommen und nicht nur "ich weiß nicht, ich kann mich nicht mehr erinnern", habe ich jetzt wirklich versucht, sehr korrekt zu sagen, was ich genau weiß. Und wo ich es nicht mehr gewusst habe, habe ich das Wort "ich kann mich nicht erinnern" vermieden und habe gesagt, "es könnte sein, dass ich da etwas -" und so ist das auch mit diesem Sachverhalt zu sehen.

Vorsitzende Verena Dunst: Gibt es Ihrerseits noch weitere Fragen, Herr Abgeordneter?

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Danke schön, keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Verena Dunst: Gut, vielen Dank. Sie sind am Wort, Herr Abgeordneter Petschnig. Wir sind schon, wie Sie sehen, in der letzten und dritten Fragerunde.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Ich möchte die Zeit nur dazu nutzen, mich beim Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter außer Dienst für seine Ausführungen herzlich zu bedanken und habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Verena Dunst: Ich danke Ihnen und ich darf gleich weitergeben an den GRÜNEN Klub.

Bitte Frau Klubobfrau.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön. Ich möchte sozusagen noch ein nächstes Themenfeld aufmachen. Wir haben im

Untersuchungsgegenstand auch den Zusammenhang zwischen der Legalisierung des kleinen Glückspiels und Sportsponsoring aufzuklären und zu durchleuchten.

Im Jahr 2011 wurde im Burgenländischen Landtag die Legalisierung des kleinen Glückspiels im Veranstaltungsgesetz beschlossen, ab 01.01.2012 dann gültig. Haben Sie noch irgendwelche Erinnerungen an die Diskussionen damals?

Mag. Franz Steindl: Klare Antwort, es gab natürlich die Präsentation in meinem Klub, im ÖVP-Klub. Es gab Diskussionen, aber ich kann mich da an kein Detail erinnern, weil es nicht meine Agenden waren und ich froh war, dass ich mit dem nichts zu tun hatte, und auch persönlich mit einem Glücksspiel oder irgendetwas nie etwas zu tun gehabt habe.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Hatten Sie irgendwelche Wahrnehmungen darüber wie das stimmungsmäßig war? Wer hat sich besonders dafür eingesetzt, wer eher nicht? Können Sie sich da an irgendetwas erinnern?

Mag. Franz Steindl: Nein, da sage ich Ihnen ganz konkret, da hatte ich deswegen keine Wahrnehmung, weil es mich auch nicht interessiert hat und ich mich auf meine Regierungsmitglieder oder Abgeordneten verlassen habe.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Es wurde ja damals argumentiert, dass Abgaben, die dadurch dann fällig werden, wenn Glückspielautomaten legal aufgestellt werden, in die Gemeindekassen fließen und dort für - Landesrat Illedits hat das damals dort so ausgedrückt, sozusagen damals Klubobmann, aber später dann als Landesrat hat er das so erklärt -, dass dann dort eben für Sozialberatung Glückspiel wie auch immer, im weitesten Sinne, das dann dort eingesetzt wird.

Haben Sie als Gemeindereferent davon irgendetwas mitbekommen, ob das funktioniert hat? Dass hier in die Gemeindekasse Geld aus Abgaben von Glückspielautomaten geflossen ist?

Mag. Franz Steindl: Frau Abgeordnete, da ist mir absolut nichts bekannt.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Wenn es so gewesen wäre, hätte es Ihnen auffallen können als Gemeindereferent? Das weiß ich nicht.

Mag. Franz Steindl: Wenn es so gewesen wäre, dann hätte ich wahrscheinlich einen Bericht bekommen und hätte dazu auch Stellung genommen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Das heißt, Sie haben in Ihrer Zeit als Gemeindereferent nie einen Bericht bekommen, dass durch die Legalisierung des kleinen Glückspiels den Gemeinden hier Einkünfte ergangen sind.

Mag. Franz Steindl: Mag sein, dass das vielleicht in Gruppen diskutiert wurde, aber ich habe da keine Kenntnisse.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Okay, Danke schön. Ich möchte abschließend von meiner Seite, nur zur Klarstellung, damit ich es ganz sicher richtig in Erinnerung habe - bitte um Verzeihung, wenn ich vielleicht die klare Antwort irgendwo anders überhört habe. (*Mag. Franz Steindl: Gerne.*)

Wissen Sie, ob die Revisionsberichte irgendwann einmal, also die Revisionsberichte über die Personalkreditgenossenschaft (*Mag. Franz Steindl: Okay.*) irgendwann einmal in eine Regierungssitzung eingebracht wurden?

Mag. Franz Steindl: Nein.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön, danke für Ihre Auskünfte.

Vorsitzende Verena Dunst: Vielen Dank. Als Nächstes ist die SPÖ am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter Mag. Dr. Fürst:

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ): Danke schön. Danke an die ÖVP, dass sie den Regierungsakt ausgeteilt haben. Ich würde nur einmal gerne hineinschauen, weil ich habe so etwas noch nie so ausführlich gesehen. Nur damit wir das festhalten.

Wie funktioniert das? Dass Sie uns das vielleicht erklären. Weil, soweit ich weiß, ist das ja immer ein Kollegialbeschluss, ein Regierungsakt. Das heißt, er wird eingebracht - hier offensichtlich von Herrn Landesrat Bieler.

Und wie ist das dann, nur damit wir uns das vorstellen können, dass wir uns ein bisschen da orientieren können, wer hat das eingebracht? Wer hat das dann beschlossen? Wie gesagt, völlig unabhängig von der Sache, nur dass wir das auch klar haben. Bitte.

Mag. Franz Steindl: Ich habe in meiner Funktion als Landeshauptmann-Stellvertreter die Regierungsakte alle vidiert. Da gab es einen Zeitrahmen, wo ich diese Möglichkeit hatte. Ich habe das schon, glaube ich, ausgeführt. Gab es von mir Bedenken - das war das eine oder andere Mal sehr wohl der Fall -, dann habe ich das mit dem Landeshauptmann besprochen.

Letztendlich wurde das dann von der Regierungssitzung genommen und dann im Umlauf oder in der nächsten Regierungssitzung beschlossen. Gab es keine Bedenken, dann habe ich den Akt vidiert und damit war die Sache erledigt.

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ): Danke schön. Haben wir noch Fragen?

Vorsitzende Verena Dunst: Ja, es kommen noch Fragen. Ich darf dann an Sie weitergeben.

Bitte Herr Abgeordneter Preiner.

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Danke schön, ich möchte nochmals ganz kurz replizieren darauf, dass Herr Dr. Rauchbauer das Gutachten, das er dargelegt hat, aus dem Jahr 1994 stammt. Des Weiteren, dass eben - wie wir vorhin vernommen haben - über den Finanzlandesrat hier der Antrag gestellt wurde auf Betrauung des Revisors TPA mit der Genossenschaft, die Vidierung vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter erfolgt ist und auch alle Beschlüsse in der Landesregierung als Kollegialorgan einstimmig gefolgt sind.

Und ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter außer Dienst, für die entsprechenden, doch sehr interessanten aufklärenden Aussagen.

Vorsitzende Verena Dunst: Danke schön. Jetzt ist noch die ÖVP in dieser dritten Fragerunde dran. Gibt es Ihrerseits Fragen, Herr Abgeordneter Fazekas?

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Keine weiteren Fragen. Herzliches Dankeschön an Franz Steindl.

Vorsitzende Verena Dunst: Danke an alle drei Klubs für diese drei Fragerunden. Danke natürlich auch, Sie haben dieses Kompliment schon

bekommen, für die Klarheit und Präzision Ihrer Antworten. (*Mag. Franz Steindl: Gerne.*)

Jetzt gibt es noch die Möglichkeit des Herrn Verfahrensrichters... (*Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Danke, nein.*) Danke, nein, er winkt ab, ganz klar. Vielen Dank. Wir dürfen Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter außer Dienst dann verabschieden.

Und ich darf daher jetzt, bevor wir mit dem Herrn Landesrat außer Dienst Helmut Bieler weiterarbeiten, ganz kurz, bleiben Sie da, ich möchte nur die Möglichkeit geben, dass wir uns verabschieden und dann sofort fortsetzen.

Die Frau Amträtin Huber würde ich bitten, gleich den Herrn Landesrat Helmut Bieler dann weiter zu bitten.

Mag. Franz Steindl: Ich darf mich recht herzlich bedanken für die Möglichkeit und selbstverständlich, wenn es immer wieder Fragen gibt und ich sie beantworten kann, mache ich das sehr gerne.

Vorsitzende Verena Dunst: Vielen Dank.